

## Über Grenzen hinweg für den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften

### VBE und österreichischer Partnerverband kämpfen weiter!

Bereits vor vier Jahren hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) erkannt, was sich nur langsam bis gar nicht in der Politik durchsetzt: Die vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge können nicht von Lehrkräften und dem weiteren pädagogischen Personal übernommen werden. Um sich der steigenden Anzahl chronisch kranker Kinder anzunehmen, die Medikamentengabe rechtssicher zu regeln und auf zunehmendes Übergewicht und den Bewegungsmangel zu reagieren, braucht es Schulgesundheitsfachkräfte. Gerade in der aktuellen Krise zeigt sich, dass Schulgesundheitsfachkräfte auch noch weitere Maßnahmen umsetzen könnten: Als Beauftragte für Hygiene Lehrkräfte dabei unterstützen, die aktuellen Hygieneregeln zu erläutern und ihre Umsetzung zu steuern. Außerdem könnten sie diejenigen sein, die das Testen von Schülerinnen und Schülern vor Ort übernehmen.



Grund genug, das Thema immer wieder in die politische Debatte einzubringen. Gemeinsam mit unserem österreichischen Partnerverband, GÖD-aps, hat der VBE es Anfang März erneut auf die Agenda gesetzt. Hauptforderung bleibt der flächendeckende und bedarfsgerechte Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften in multiprofessionellen Teams.

Paul Kimberger, Bundesvorsitzender der Österreichischen Gewerkschaft, begründet: „Lehrkräfte, die Assistenz bei der Medikamentengabe ausüben, begeben sich teilweise in gefährliche Grauzonen. Zudem übernehmen sie damit weitere Aufgaben, die nicht zum pädagogischen Kerngeschäft gehören. Das alles in einer Situation, die sowieso schon durch stetig steigende Anforderungen gekennzeichnet ist. Deshalb brauchen wir dringend Entlastung durch medizinisch geschultes Personal an Schulen!“ Und Udo Beckmann, VBE Bundesvorsitzender, sieht weitere Unterstützungsmöglichkeiten: „Schulgesundheitsfachkräfte können zudem in akuten Fällen zur Hilfe gezogen werden und schnell alles Notwendige regeln.“

Allerdings sind die sehr positiv evaluierten Modellprojekte aus Brandenburg und Hessen bisher noch immer nicht in die Fläche gekommen. Viel zu zögerlich seien die Kultus- und Gesundheitsministerien, sagt Beckmann: „Die Politik reagiert nicht! Dabei wären Schulgesundheitsfachkräfte ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Schulinfrastruktur! Nicht nur Digitalisierung, sondern auch die Gesunderhaltung aller an Schule Beteiligten muss Kerngeschäft für Innovation werden.“

In ihrer gemeinsamen Position stellen die beiden Partner heraus, dass die Schulgesundheitsfachkräfte eine medizinische Vorbildung und Berufserfahrung haben müssen und nach dem Curricula des Pilotprojekts des AWO Bezirksverbands Potsdam weitergebildet wurden. Sie sollen an den Schulen die medizinische Grundversorgung übernehmen und Präventionsprojekte umsetzen. VBE und GÖD-aps zeigen zudem auf, dass der positive Nutzen bereits bewiesen wurde und es nicht notwendig ist, weiterhin nur vereinzelt Modellprojekte umzusetzen. Sie schlussfolgern: „Die medizinische Assistenz durch eine Fachkraft entflechtet eigentliche Zuständigkeiten, entlastet Lehrpersonen und hilft ihnen dabei, sich stärker auf ihre pädagogischen Kernaufgaben zu konzentrieren. Sie werden gleichermaßen bei ihrer eigenen Gesundheit unterstützt. Dies kommt dem ganzen Kollegium, den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern zugute.“



Die Position von VBE und GÖD-aps können Sie hier nachlesen: <https://bit.ly/3ugTAKx>

Weitere Informationen zu dem initialen Projekt des VBE mit dem Berufsverband Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) finden Sie hier: <https://bit.ly/3rAsmBE>

Informationen zu Schulgesundheitsfachkräften finden Sie hier: <https://schulgesundheitsfachkraft.de>

## Zuhören, Zeit nehmen, Perspektiven wechseln

Ahmad Mansour eröffnet den Fachtag des VBE Bundesvorstandes Mitte März 2021 mit einer These, die einem kaum mehr aus dem Kopf geht: Radikale Islamisten sind die besseren Sozialarbeiter. Sie können sich nämlich die Zeit nehmen, auf die Probleme ihrer Schützlinge einzugehen und in das Pflänzchen des Vertrauens langsam vergifteten Dünger gießen. Er plädierte daher dafür, dass es an Schule dringend besser gelingen muss, Bindung herzustellen, auf die Biografie der Schülerinnen und Schüler einzugehen und diese wertzuschätzen. Zudem braucht es einen viel stärker auf das aktuelle politische Weltgeschehen ausgerichteten Diskurs im Klassenzimmer. Mansour sprach sich außerdem dafür aus, den Religionsunterricht gegen das Hamburger Modell eines interreligiösen Dialogs zu ersetzen.

Dagegen jedoch hielt Lamya Kaddor, selbst Lehrerin für Islamischen Religionsunterricht, eine flammende Rede auf den konfessionellen Unterricht. Argumente, die man in dieser Form noch gar nicht beachtet hatte, kamen hier zum Vorschein. Sehr interessant vor allem ihre Feststellung, dass das Sprechen über Religion in den Familien oft nicht in Deutsch, sondern der Herkunftssprache der Eltern oder Großeltern erfolgt. Der Religionsunterricht in der Schule auf Deutsch bietet ihnen die Möglichkeit, Worte zu erlernen, um überhaupt diskursfähig zu werden. Damit stärkt der Islamische Religionsunterricht eine deutsch-islamische Identität und trägt zu einer inklusiven Schule in der Einwanderungsgesellschaft bei. Kaddor zeigte sich aber dafür offen, den Religionsunterricht ab einem Alter von 12 oder 14 Jahren für alle Weltanschauungen zu öffnen.



Ahmad Mansour



Lamya Kaddor

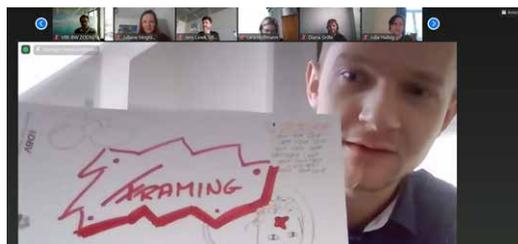
Ein interessanter Aspekt war auch, dass Kaddor betonte, dass viel zu oft in sehr eingeschränkter Sicht von Menschen gesprochen werde. Sie selbst sei nicht „die Muslimin“, das verkürzt ihre Persönlichkeit in all den Facetten, die es sonst noch gibt. Dieses Thema griff Jule Wagner vom Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur aus Leipzig auf. Denn oft werde so aus jemandem, der aus einem arabischen Staat kommt, automatisch eine muslimische Person. Es werden dann auch alle Vorurteile nicht nur auf die Herkunft, sondern auch die Religion übertragen. Sie nennt das die „Religionisierung der Integrationsdebatte“. Schützen könne man sich durch regelmäßige Reflexionen – entweder alleine, im Kollegium oder auf externen Fort- und Weiterbildungen, die durch externe Expertise begleitet werden sollten.

Nach dem Themenkomplex „Religiös begründeter Extremismus“ widmete sich der eingeladene Personenkreis (Bundesvorstand des VBE und ausgewählte Mitglieder der Landesvorstände) weiteren Extremismusformen an Schule, nämlich Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die Berichte von Aussteigern und Betroffenen rührten noch lange in einem nach. Der Bundesvorstand ist deshalb übereingekommen, eine ähnliche Veranstaltung nochmals für einen größeren Kreis anzubieten, ggf. in Verbindung mit der Bundesversammlung im Dezember. Gerne halten wir Sie auf dem Laufenden!

## Vom Deuten und Denken – beim digitalen Medienseminar

Framing ist so ein Wort, das erst in den letzten Jahren wirklich Einzug gehalten hat in die aktuelle Debatte, aber sofort einen schmutzigen Touch hat. Framing? Das machen wir nicht! Dabei ist das Framen aus dem Englischen übersetzt nichts anderes als das, was wir tagtäglich machen, um Komplexes in einfaches zu transferieren und dabei unser eigenes Deutungsmuster unterzubringen.

Wenn also die Kultusministerkonferenz (KMK) beklagt, dass das Darstellen der Infektionszahlen von Kindern in der Schule die Schülerinnen und Schüler „stigmatisiere“, ist das ihr Deutungsmuster. Während die KMK einen negativen Rahmen aufbaut, der vermittelt, dass das Negative erst von außen kommt, bauen wir den Frame auf „Gesundheitsschutz/Transparenz“. Nicht, um sie zu stigmatisieren, sondern um die Kinder zu schützen, verlangen wir Transparenz über das Infektionsgeschehen.



Diese und weitere Mechaniken vom Bauen und Verwenden von Frames brachte uns Mathias Hamann vom Institut für Kommunikation und Gesellschaft nahe. Ende Februar nutzten fast 20 Kommunikationsverantwortliche aus Bund und Ländern die Gelegenheit, sich auf digitalem Wege dazu austauschen, viele Übungen zu machen und mit neuen Ideen in das Alltagsgeschäft zu starten.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
presse@vbe.de  
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE